

DE FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE ((FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE)) FÜR EIN

FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE

GERECHTIGKEIT GEGEN ARMUT

AMNESTY
INTERNATIONAL





© Ami Vitale/Panos Pictures

Amnesty International ist nicht dazu da, Ihnen Zahlen zur Armut auf der Welt zu vermitteln – viele davon werden Sie ohnehin schon kennen. Amnesty International ist auch nicht dazu da, einen weiteren Plan zur Abschaffung der Armut zu erstellen – deren gibt es viele, sowie zahlreiche Meinungen darüber, welche dieser Pläne Unterstützung verdienen.

Wenn Sie aber etwas an der Tatsache ändern wollen, dass mindestens 963 Millionen Menschen jeden Abend hungrig ins Bett gehen, dass eine Milliarde Menschen in Slums leben, dass jede Minute eine Frau an Schwangerschaftskomplikationen stirbt, dass 1,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung haben, dass 2,5 Milliarden Menschen über keinen Zugang zu angemessenen sanitären Einrichtungen verfügen und dass deswegen jeden Tag 20000 Kinder sterben, dann müssen Sie jetzt weiterlesen.

Egal, welche Pläne umgesetzt, welche Prioritäten bei der Projektierung verfolgt, welche Hilfspakete geschnürt werden – langfristige Wirkung hinsichtlich der Armutproblematik können nur diejenigen Lösungen haben, die die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen. Der Schutz der Menschenrechte der Armen ist nicht nur eine Möglichkeit – er ist der Grundpfeiler für jede Lösung.

Menschen, die in Armut leben, müssen nicht nur Entbehrungen hinnehmen, sondern sind auch gefangen – ausgeschlossen, ohne Mitspracherecht, bedroht durch Gewalt und Unsicherheit. Für die Befreiung aus dieser Gefangenschaft kommt den Rechten dieser Menschen eine Schlüsselrolle zu. Die Achtung der Menschenrechte

verlangt Einbezug, verlangt ein Mitspracherecht der Menschen und setzt auch voraus, dass diejenigen, die sich an der Macht befinden sicherstellen, dass Menschen ohne Angst, und ohne Entbehrungen leben können. Uneingeschränkte Achtung der Rechte verlangt auch die Anerkennung, dass jeder Mensch das Recht hat, in Würde zu leben, sowie ein Recht auf Nahrung, Wasser, medizinische Grundversorgung, Bildung und Obdach. Diese Forderungen – kodifiziert in einer eindrucksvollen Sammlung von Völkerrecht und Normen mit universaler Geltung – geben den in Armut lebenden Menschen ein Instrument in die Hand, um das Machtgleichgewicht, das sie in der Armut festhält, zu ändern.

Vielleicht denken Sie jetzt, Sie hätten das schon mal gehört – die Konzentration auf Menschenrechte bei der Entwicklungsarbeit. Obwohl die Erkenntnis dieser Verbindung weit verbreitet ist, so handeln doch nur wenige so, als ob diese Rechte wirklich eine Rolle spielten. Für viele Regierungen und internationale Akteure sind Menschenrechte lediglich ein Begriff auf dem Papier, Makulatur. Daher kann es durchaus sein, dass Projekte zur Entwicklung die Lage der Armen verschlechtern. Wirtschaftswachstum – obwohl wichtig – wird angestrebt, als ob es allein die Lösung wäre, – und gilt als erfolgreich, auch wenn es zu einer Verschärfung der Ungleichheiten führt und sich das Leben für viele, die am Rande der Gesellschaft stehen, dadurch nicht verbessert.

Die UNO-Millennium Entwicklungsziele, der internationale Plan zur Bekämpfung der Armut, gehen zu wenig auf Menschenrechtsverletzungen ein, die Menschen in die Armut treiben und sie dort festhalten. In

diesem Plan müssen beispielsweise Regierungen nicht Bericht darüber erstatten, wie die verschiedenen Gruppen von Armut betroffen sind – obwohl ethnische und religiöse Minderheiten, indigene Völker sowie Frauen und Mädchen einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Armen der Welt ausmachen. Die MDGs zwingen Regierungen auch nicht, Menschenrechtsverletzungen zu stoppen, die dazu führen, dass Menschen in Armut arm bleiben und Fortschritte bei den MDG-Zielen verhindert werden. Es besteht auch kein Mechanismus, der Regierungen zur Einhaltung der abgegebenen Versprechen verpflichtet.

Zu oft können Regierungen die Rechte, die sie fördern wollen, frei wählen. Einige fordern Demokratie unter Berufung auf ihre wohlförderungseigenschaften. Andere fordern die Einschränkung von Freiheitsrechten mit der Begründung, dass «Stabilität» eine Grundvoraussetzung für Wirtschaftswachstum sei – ausschlaggebend für Investitionen in Gesundheit und Bildung.

DER SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE DER ARMEN IST NICHT NUR EINE MÖGLICHKEIT – ER IST DER GRUNDPFEILER FÜR JEDE LÖSUNG.

Amnesty International befasst sich nun seit fast 50 Jahren mit Untersuchungen zur Lage der Menschenrechte und entsprechender Kampagnenarbeit. Lange Zeit lag das Schwergewicht auf den bürgerlichen und politischen Rechten – gegen Unterdrückung, Folter und willkürliche Tötungen. In letzter Zeit setzt sich Amnesty International für die Achtung aller Menschenrechte ein. Unsere Erfahrung hat uns gelehrt, dass Menschenrechte tatsächlich unteilbar sind. In Angst und Unsicherheit lebende Men-

Titelseite: Überlebende des Chemieunglücks von 1984 in Bhopal (Indien) feiern den Gerichtsentscheid, dass die Opfer finanziell entschädigt werden müssen. 19. Juli 2004.

Links: Padmabati Samal, eine indische Geburtshelferin, misst im Dorf Khankira in Orissa den Puls eines noch nicht geborenen Kindes. Viele Frauen in Orissa haben keinen Zugang zu professioneller pränataler Geburtshilfe.

schen leben mit grösserer Wahrscheinlichkeit in Not. Aber diejenigen, die in Not leben, sind viel eher mit anderen Menschenrechtsverletzungen konfrontiert, die Angst und Unsicherheit beinhalten. Wir wissen, dass Menschenrechtsverletzungen Armut verursachen und verstärken. Und dass Armut direkt zurück in solche Menschenrechtsverletzungen führt.

Dass alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind, ist die ethische Grundlage des gesamten Menschenrechtssystems. Es ist das einzige globale System, das davon ausgeht, dass alle Menschen das Recht auf Chancengleichheit, das gleiche Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, auf Sicherheit, auf angemessene Ressourcen und auf ein Leben ohne Angst haben und dass ihnen das Recht auf Teilnahme und Mitsprache zusteht.

FORDERN SIE DIESE RECHTE FÜR ALLE. FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE.

DIE ALLTAGSERFAHRUNG DER VON ARMUT BETROFFENEN MENSCHEN

Wenn in Armut lebende Menschen über ihre Erfahrungen sprechen, dann erzählen sie nicht nur von materieller Entbehrung, auch wenn dies für sie natürlich im Zentrum steht. Aber ob sie pro Tag 1 Dollar oder 1,25 Dollar zum Leben haben, ist weniger relevant. Viel mehr beschäftigt sie, ob

sie ihre Kinder zur Schule schicken können, und ob diese Schule nicht zusammen mit ihrem Haus eines Morgens von Bulldozern niedergewalzt werden wird. Sie sprechen davon, in Angst vor Gewalt zu leben, wie Verbrecher behandelt zu werden, ausgeschlossen zu werden – nicht nur von der sogenannten Mainstream-Gesellschaft, sondern auch von Entscheidungen, die in ihrem Namen getroffen werden. Und sie sprechen davon, dass ihnen niemand zuhört. Sie berichten über willkürliche Verhaftungen, den Verlust ihrer mageren Existenzgrundlage durch die Laune eines internationalen Konzerns, der die Bodenschätze unter ihren Füßen ausbeutet, ihre Marginalisierung, ihren fehlenden Zugang zur Justiz.

Wer Armut einzig in Begriffen von Einkommen und Aufwand beschreibt, geht davon aus, dass die Verbesserung dieser Zahlen das Problem der Armut «lösen» kann. Dabei beschreiben die in Armut Lebenden doch sehr deutlich, dass in ihrem täglichen Leben vier Schlüsselfaktoren die Hauptrolle spielen: materielle Entbehrungen, Unsicherheit, Ausgrenzung und ein Gefühl der Sprachlosigkeit – nicht in der Lage zu sein, sich bei den Mächtigen Gehör zu verschaffen.

UNSICHERHEIT

Wenn Sie in Armut leben, ist Ihre persönliche Sicherheit und auch die Ihrer Familie täglichen Bedrohungen ausgesetzt. Das Zuhause, der eigene Besitz und die Existenzgrundlage sind häufig unsicher und nicht rechtlich geschützt. Üblicherweise besteht kein Zugang zu sozialer Sicherheit, die einen Minimalschutz bei Krankheit, Ernteausfall oder Arbeitslosigkeit bieten würde. Nur selten haben die Menschen eine sichere und feste Arbeitsstelle oder auch nur irgendwelche Mitsprache innerhalb der Arbeitsbeziehung. Sie haben kein Rechtsmittel, wenn diejenigen an der Macht diese Macht über sie ausüben oder sie missbrauchen – MieterInnen sind der Willkür der VermieterInnen ausgeliefert, DorfbewohnerInnen werden durch Entwicklungsprojekte

vertrieben, und Frauen sind in ihren Lebensgemeinschaften und Familien bedroht.

In Armut lebende Menschen sind zudem überdurchschnittlich häufig von bewaffneten Konflikten betroffen. Auch wenn sie die Kampfhandlungen überleben, so verschlechtert sich ihre ohnehin schon prekäre Existenz, wenn Familien ihre ErnährerInnen oder wichtige Betreuungspersonen verlieren oder wenn Kinder entführt und von bewaffneten Gruppen rekrutiert werden. Die Armen sind überdurchschnittlich häufig krimineller Gewalt ausgesetzt, arme Frauen ausserdem der Gewalt. Sie erhalten weder Rechts- noch Polizeischutz – ein Schutz, der nur Bessergestellten und Einflussreicheren zur Verfügung steht. Diese Gewalt stellt für diejenigen, die mittels Arbeit, Bildung und Gemeinschaftsorganisation ihre Lage zu verbessern suchen, ein grosses Problem dar.

AUSGRENZUNG

Menschen, die in Armut leben, berichten, dass sie sich ausgeschlossen fühlen von den Institutionen, die eigentlich die öffentlichen Dienstleistungen anbieten, die sie so dringend benötigen. Gerichte, Polizei, Wohlfahrtsorganisationen, Gemeinderäte, Versorgungsunternehmen, Bildungsräte – sie alle sollten zwar alle BürgerInnen gleich behandeln, bringen armen Menschen aber zu häufig nur Verachtung und Gleichgültigkeit entgegen. Frauen in Armut erleiden eine doppelte Ausgrenzung: Sie werden sowohl von ihren Familien als auch von der Gesellschaft von Entscheidungsprozessen und von der Macht ausgeschlossen.

Ausgrenzung – üblicherweise durch Diskriminierung, sei sie direkter oder indirekter Art – ist der Fokus, durch den Armut auch in reicheren Ländern schärfere Konturen erhält. Der Lebensstandard in afroamerikanischen Stadtzentren in den USA – oder zum Beispiel auch in Roma-Gemeinschaften in ganz Europa – liegt weit unter dem Durchschnitt der Bevölkerung. In bestimmten Fällen ergreifen die Behörden ganz bewusst

Ende 2008 brachte eine sich in ganz Zimbabwe ausbreitende Cholera-Epidemie, verursacht durch überalterte sanitäre Systeme und die Unfähigkeit des Staates, eine angemessene Trinkwasserversorgung sicherzustellen, den desolaten Zustand des Landes deutlich zum Ausdruck. Im Dezember verlor das Gesundheitssystem, das bereits zuvor wegen verfallener Infrastruktur, funktionsuntüchtiger Ausrüstung und einer Abwanderung der fähigen Leute lahmgelegt worden war, endgültig die Kontrolle über die Lage. Die wichtigsten Krankenhäuser im Land funktionierten kaum noch und einige Abteilungen waren bereits geschlossen worden. Zahlreiche Bezirks-spitäler und Gemeindecliniken wurden entweder geschlossen oder mit minimaler Kapazität betrieben. Im Grossraum Harare gebären rund 3000 Frauen jeden Monat in staatlichen Krankenhäusern, in bis zu 10 Prozent der Fälle ist ein lebensrettender Kaiserschnitt nötig. In diesem Gebiet wurden jedoch zwei staatliche Entbindungskliniken geschlossen, und in den Entbindungsabteilungen anderer Krankenhäuser wurde keine Versorgung mehr angeboten. Frauen, die nicht über die nötigen Mittel verfügten, wurden notfallmässig erforderliche Kaiserschnitte verweigert – Frauen mit Geld suchten Privatkliniken auf und zahlten in US-Dollar. Berichten zufolge soll schwer bewaffnete Sicherheitspolizei eine Gruppe von medizinischem Personal an der Ein-

reichung einer Petition an den Minister of Health and Child Welfare gehindert haben. Das medizinische Personal appellierte damit an die Regierung, dringend Massnahmen zur Wiederherstellung einer erschwinglichen medizinischen Versorgung für alle zu ergreifen. Stattdessen wurden die Demonstrierenden gezwungen, ihre Protestkundgebung auf dem Areal des Parirenyatwa Hospital abzuhalten. Nach vier Stunden verschaffte sich die Polizei Zutritt zum Krankenhausgelände und trieb sie mit Gewalt auseinander, wobei es zu Übergriffen auf mehrere MitarbeiterInnen des medizinischen Personals kam.

Ein paar Monate später, im Februar 2009, feierte Präsident Robert Mugabe seinen 85. Geburtstag mit einer Torte, die angeblich 85 Kilogramm gewogen haben soll. Seine Anhänger hatten 250 000 US-Dollar für seine Geburtstagsparty gesammelt – und das nur Tage nachdem das Land seine afrikanischen Nachbarn um Hilfe in Höhe von 2 Milliarden US-Dollar gebeten hatte.

In armen Verhältnissen und Unsicherheit zu leben, ohne Zugang zur Grundversorgung, verraten von der eigenen Regierung, an behandelbaren Krankheiten sterbend, ausgeschlossen von der Politik, ignoriert – oder schlimmer, der Gefahr von Gewalt ausgesetzt – beim Versuch, sich Gehör zu verschaffen: das ist Armut.

Massnahmen, um Roma-Kinder in schlechteren Schulen zu platzieren oder ganz vom Schulunterricht auszuschliessen, in anderen Fällen unternehmen sie nichts gegen Praktiken, die eine Ungleichbehandlung durch Polizei und Gerichte ermöglichen. In der unterschiedlich hohen Müttersterblichkeit in reichen und armen Gemeinden (siehe unten) kommen die Diskriminierung und der Zusammenhang mit der Ausgrenzung wohl am stärksten zum Ausdruck.

Im Juni 2008 gab die «Commission on Legal Empowerment of the Poor» bekannt, dass vier Milliarden Menschen – die Mehr-

heit der Weltbevölkerung also – von rechtsstaatlichen Mitteln ausgeschlossen sind. Über 70 Prozent der Kinder in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt besitzen keinen Nachweis dafür, dass sie je geboren wurden, geschweige denn existieren. Dies erschwert ihnen den Zugang zu medizinischer Versorgung und zu Bildung und hindert sie daran, an der Gesellschaft in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht teilzunehmen.

MISSACHTETE STIMMEN

Ausgrenzung ist eng mit einer anderen Folge von Armut verwandt – nämlich von

den Mächtigen ignoriert zu werden. Die in Armut lebenden Menschen haben den Eindruck, dass ihre Ansichten keine Berücksichtigung finden. Ihre Anstrengungen um sich zu organisieren, stossen auf Repression, relevante Informationen für die von ihnen gebildeten Gemeinschaften werden zurückgehalten, Konsultationsverfahren sind manipuliert oder unwirksam.

Ob durch vorsätzliches zum Schweigenbringen oder das Verstummen durch Gleichgültigkeit, die Wirkung bleibt dieselbe: ein erdrückendes Gefühl von Stimmlosigkeit. Es ist kein Zufall, dass die ärmsten Länder auch die repressivsten Länder der Welt sind. Sogar in Ländern, die sich formell zu demokratischen Grundsätzen bekennen, weisen die Armen immer wieder auf die Schwierigkeiten hin, sich Gehör zu verschaffen.

WO ANFANGEN?

Während der nächsten sechs Jahre – oder länger – wird Amnesty International so umfangreiche Arbeit in den Bereichen Untersuchungen, Campaigning und Empowerment leisten wie nie zuvor in der Geschichte der Organisation. Amnesty International verfügt über 50 Jahre Erfahrung darin, umfassende und unabhängige Untersuchungen zu Menschenrechtsverletzungen durchzuführen und erfolgreich bei Regierungen und den Vereinten Nationen für eine Verbesserung des Völkerrechts und des nationalen Rechts zu lobbyieren und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, wenn Menschenrechte verletzt werden. Amnesty International wird diese Erfahrung dafür einsetzen, um das Machtgleichgewicht zugunsten der Armen zu verschieben und um ihnen den notwendigen Raum zu geben, ihre eigene Geschichte zu erzählen und sich an Prozessen zu beteiligen, die ihre Zukunft prägen werden. Unsere Aufgabe ist es aufzuzeigen, dass Armut die schlimmste Menschenrechtskrise der Welt ist.



Eine Polizeioperation in Rocinha, einer der grössten Favelas Brasiliens. Eine Frau mit Baby muss an einer Patrouille vorbeigehen. 31. Oktober 2005, Rio de Janeiro.

gang zu Geld. Frauen haben das Recht auf den höchsten erreichbaren Gesundheitsstandard, doch immer wieder versperren ihnen wirtschaftliche, kulturelle oder soziale Hindernisse den Zugang zu medizinischer Versorgung. Frauen haben das Recht zu bestimmen, ob sie schwanger werden wollen, oft aber wird ihnen der Zugang zu Verhütungsmitteln oder Informationen über Familienplanung verweigert. Zudem wird vielen Frauen und Mädchen die Selbstbestimmung über ihren eigenen Körper verwehrt.

Stirbt eine Frau im Wochenbett, verarmt ihre Familie noch mehr – durch den Verlust der Lebensgrundlage, unbezahlte Arbeit für die Familie, Betreuung und Erziehung der Kinder.

SLUMS

Weltweit gibt es über 200 000 Wohngebiete, die als Armenviertel bezeichnet werden müssen, auch wenn sie ganz unterschiedliche Namen haben: Bidonvilles, Ghettos oder the Hood, Bustees oder Chawls, Favelas, Barrios populares, informelle Siedlungen oder ganz einfach Slums. Sie sind das Zuhause für über eine Milliarde Menschen auf allen Kontinenten. Typisch für diese Wohngegenden sind ungenügende Unterkünfte, sanitäre Anlagen und Abwassersysteme, schlechte oder mangelnde Wasser- und Stromversorgung, Überbevölkerung und hohe Kriminalitätsraten. Viele sind als «illegal» oder «inoffiziell» eingestuft. In all diesen Gebieten leben die BewohnerInnen in sehr unsicheren Mietsituationen, ständig der Gefahr einer gewaltsamen, entschädigungslosen Ausweisung ausgesetzt.

Die globale Slumbevölkerung wächst alarmierend schnell. Einzelnen Prognosen zu-

Zu Beginn werden wir in einigen Kernbereichen und im Rahmen von Menschenrechtsverletzungen arbeiten, mit denen Amnesty International bereits Erfahrung hat und wo wir der Ansicht sind, dass unsere Bemühungen helfen können. Es sind Bereiche, die den Zusammenhang zwischen materiellen Entbehrungen, Unsicherheit, Ausgrenzung und ignorierten Stimmen ganz besonders deutlich illustrieren. Das übergeordnete Ziel aber ist die Beendigung von Menschenrechtsverletzungen, die Menschen in der Armut gefangen halten.

MÜTTERSTERBLICHKEIT

Fast jede der über eine halbe Million Mütter, die jedes Jahr an Schwangerschaftskomplikationen sterben, hätte durch rechtzeitige und richtige medizinische Versorgung gerettet werden können. Gebühren für medizinische Leistungen, einschliesslich wichtiger gynäkologischer Versorgung und Empfängnisverhütung, haben oft zur Folge, dass arme Frauen benötigte Hilfe nicht erhalten. Für diejenigen, die in Armut oder in abgelegenen Gebieten leben, sind medizinische Institutionen oft schwer erreichbar – bedingt durch unerschwinglich hohe Transportkosten oder unpassierbare Strassen. Arme Frauen und Mädchen haben unter Umständen keinen Zugang zu Informationen über die Risiken von Komplikationen, insbeson-

dere wenn sie keine Schulbildung haben oder AnalphabetInnen sind.

Die grosse Mehrheit – über 95 Prozent – der Frauen und Mädchen, die im Wochenbett sterben, sind arm und stammen aus weniger entwickelten Ländern. Aber auch in reichen Ländern sterben Tausende von Frauen im Wochenbett. Überdurchschnittlich viele stammen aus marginalisierten oder armen Gemeinschaften. In den USA ist die Müttersterblichkeit bei den afroamerikanischen Frauen dreimal höher als bei weissen Frauen. Über 46 Millionen Menschen in den USA haben keine Krankenversicherung, und wegen der Kosten lassen sich Menschen häufig erst spät oder gar nicht behandeln.

Frauen haben ein Recht auf Leben, sterben aber in grosser Zahl wegen Armut, Ungerechtigkeit und Machtlosigkeit in ihren nahen Beziehungen, in Familien und in Gemeinschaften. Sie sind mit institutioneller Diskriminierung konfrontiert, die sich dann auf der häuslichen Ebene wiederholt. Frauen und Mädchen werden zum Teil von ihren Familien zu frühen oder Heiraten gezwungen. Nach der Eheschliessung werden sie wie Bedienstete behandelt, erhalten nicht genügend Nahrung, werden in ihren Häusern eingesperrt und haben keinen Zu-

folge sollen im Jahr 2030 bereits zwei Milliarden Menschen in Slums leben. Weil es an erschwinglichen Unterkünften fehlt, bleibt den Menschen, die aus schlecht versorgten ländlichen Gebieten in die Stadt wandern, keine andere Möglichkeit.

SlumbewohnerInnen sind mit einem offensichtlichen Mangel an Ressourcen und materiellen Gütern konfrontiert. Sie leben in grosser Unsicherheit – konstant bedroht durch die Gewalt von Polizei und kriminellen Banden, immer dem Risiko einer Vertreibung ohne oder nur mit kurzer Vorwarnung ausgesetzt. Sie sind von Bereichen der Grundversorgung wie sauberem Wasser, sanitären Anlagen, Gesundheitsdiensten und Bildung ausgeschlossen. Der Zugang zur Justiz wird ihnen gemeinhin aufgrund von Diskriminierung und Kriminalisierung von Armut verweigert. In den Prozessen und Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen, werden die Stimmen der Menschen aus den Slums nicht gehört. Sie werden nicht gefragt und ihnen wird die Teilnahme an Entscheidungsprozessen zur Verbesserung ihrer Wohnsituation oder zu alternativen Wohnmöglichkeiten nach gewaltsamen Vertreibungen verweigert.

Dies ist bei Weitem kein auf Entwicklungsländer beschränktes Problem, denn es gibt ähnliche Phänomene der Entbehrung und der Ausgrenzung von ganzen Gemeinden in europäischen Städten und ihren Agglomerationen, in armen Wohngebieten der USA oder in Gebieten für Indigene in Kanada und Australien.

Frauen sind in den Slums besonders verletzlich. In Brasilien haben die Frauen es schwer, häusliche oder andere Formen von Gewalt der Polizei zu melden. In Gebieten, wo es keine sanitären Anlagen gibt, müssen Frauen sich in abgelegene Bereiche begeben oder auf die Dunkelheit warten, um etwas Privatsphäre für den Toilettengang zu haben, was die Gefahr von sexueller Gewalt und Belästigung erhöht.

Gasfackel einer Ölförderanlage in Nigeria (Februar 2008). Die Ölindustrie hat die lokale Bevölkerung noch weiter in die Armut gedrängt.

UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG

Unternehmen haben einen enormen Einfluss auf die Rechte von Menschen und von Gemeinschaften.

Dieser Einfluss kann ein positiver sein, beispielsweise in Form von Schaffung neuer Arbeitsplätze und einer Erhöhung der Staatseinnahmen, womit eine Verbesserung der Grundversorgung und andere Projekte finanziert werden können. Zu oft aber kommt es zu Menschenrechtsverletzungen, wenn Unternehmen die korrupten, schwachen oder nichtexistierenden Regulierungssysteme in Ländern ausnutzen. Den betroffenen Menschen bleibt keine Möglichkeit, die fehlbaren Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen.

Insbesondere im Bereich der Gewinnung von Bodenschätzen werden Projekte oft ohne angemessene Überprüfung ihres Einflusses auf die Menschenrechte, einschliesslich des Einflusses auf die Umwelt und die Gesellschaft, realisiert. Gemeinschaften werden oft gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Aber auch wenn es nicht so weit kommt, wird unter Umständen ihre natürliche Lebensgrundlage – und ihr Leben – zerstört oder bedroht, weil ihr Land verseucht oder ihr Wasser vergiftet wird. Konflikte und Gewalt können eskalieren, wenn Unternehmen versuchen, ihre Anlagen zu schützen. Schlimmstenfalls machen Unternehmen und Regierungen gemeinsame Sache, um friedliche Kundgebungen und die Forderung nach Gerechtigkeit zu unterdrücken – mittels Gewalt, Einschüchterung, oder durch ein Veröffentlichungsverbot, um negative Schlagzeilen zu vermeiden.

Unsicherheit und Entbehrungen werden noch dadurch verstärkt, dass den betroffe-



© Kadir van Lohuizen

nen Gemeinschaften systematisch Informationen über die Auswirkung der Tätigkeit solcher Unternehmen verweigert wird und sie konsequent von Entscheidungen ausgeschlossen werden, die sich auf ihr Leben auswirken. Zusätzlich verschlimmert wird die Lage, wenn ihnen der Zugang zu den Gerichten verweigert wird und es Regierungen verpasst haben, Menschenrechte, in die ursprünglichen Verträge zu integrieren oder wenn sie sich weigern, trotz umfangreicher Vereinbarungen die Unternehmen für ihre Handlungen zur Verantwortung zu ziehen.

Armutsbetroffene Menschen in Entwicklungsländern tragen oft die Hauptlast von ausbeuterischen Praktiken und Missbräuchen durch Unternehmen, wobei diese Missbräuche und Praktiken angeblich den an den Unternehmen Beteiligten zugute kommen sollen. Schwache und nicht wirksam umgesetzte inländische Regelwerke, das Fehlen effizienter internationaler oder extraterritorialer Aufsicht und Verantwortlichkeitsmechanismen führen in Entwicklungsländern zu einer zerstörerischen Kombination. Insbesondere indigene Völker gehören zu denjenigen, die Menschenrechtsverletzungen am stärksten ausgesetzt

sind, die am wenigsten geschützt sind und die am seltensten Zugang zu wirksamem Rechtsschutz haben.

Zahlreiche der Länder mit den reichsten Bodenschätzen der Welt gehören gleichzeitig zu den ärmsten der Welt – insbesondere diejenigen, die ihre Staatseinnahmen grösstenteils aus diesen natürlichen Ressourcen schöpfen. 12 der 25 am stärksten von Mineralien abhängigen und 6 der am stärksten vom Erdöl abhängigen Staaten werden von der Weltbank als «hoch verschuldete Länder» mit der weltweit schlechtesten Statistik bezüglich des menschlichen Entwicklungsstandes eingestuft.

Die Kombination von Reichtum an Bodenschätzen und grosser Armut wirkt paradox. Es müsste möglich sein, dass Investitionen in den Abbau von natürlichen Bodenschätzen einen grossen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zur Verminderung von Armut leisten, wie dies viele Bergbauunternehmen behaupten. Der Abbau dieser Ressourcen sollte auch ohne Menschenrechtsverletzungen möglich sein.

WIE DER TEUFELSKREIS DER ARMUT UNTERBROCHEN WERDEN KANN

Ein ausschliesslich auf Wirtschaftswachstum ausgerichteter Ansatz zur Armutsbekämpfung bringt keine Stabilität. Die aktuelle globale Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie vergänglich Gewinne aus Wirtschaftswachstum sind. Volkswirtschaften auf der ganzen Welt sind bereits in einer Rezession oder bewegen sich darauf zu. Die Wachstumsraten in China, Indien und Brasilien verlangsamten sich. Die ärmsten Länder, insbesondere in Afrika, müssen mit einem Rückgang von Investitionen, Handel und Entwicklungshilfe rechnen, was verheerende Auswirkungen für die BewohnerInnen dieser Länder haben wird. Eine sinkende Nachfrage nach Gütern in den Industrieländern und tiefere ausländische Investitionen be-

In der ersten Hälfte des Jahres 2008 gab der grösste Arbeitgeber der Region Gafsa im Südosten Tunesiens, die Gafsa Phosphate Company, die Ergebnisse eines Bewerbungswettbewerbs bekannt und löste damit eine Welle der öffentlichen Empörung aus. Einige der erfolglosen Bewerber beklagten sich über gefälschte Ergebnisse; andere, einschliesslich der Tunisian General Labour Union (UGTT), schlossen sich den Protesten an, die sich zu einer Unmutsbekundung über die hohe Arbeitslosigkeit und die steigenden Lebenskosten entwickelte. Mit dem Überschwappen der Proteste auf die Städte setzten die Behörden ein massives Polizei- und Sicherheitskräfteaufgebot ein.

Hunderte von Menschen wurden verhaftet, 38 wurden angeklagt, beschuldigt der Unruhestif-

tung, der Bildung einer kriminellen Gruppe mit dem Ziel der Zerstörung von öffentlichem und privatem Eigentum und bewaffnetem Aufstand und Angriff auf Beamte während deren Amtsausübung.

Die meisten wurden im Dezember 2008 in unfairen Verfahren zu Gefängnisstrafen verurteilt. Sie legten Berufung ein, doch im Februar 2009 wurden die Urteile bestätigt. Obwohl das Strafmass in den meisten Berufungsfällen reduziert wurde, wurden fünf Personen, die nach dem erstinstanzlichen Urteil freigelassen worden waren, vom Berufungsgericht aufgrund der Berufung durch den Staatsanwalt verurteilt.

Für Amnesty International sind diese Verurteilten Gewissensgefängene.

deuten weniger Wachstum für exportorientierte Volkswirtschaften. Schwer treffen dürfte es Länder, die in hohem Mass auf die Geldüberweisungen ihrer im Ausland tätigen GastarbeiterInnen angewiesen sind. Mindestens 100 Millionen Menschen wurden durch die Krise von 2008 in den Nahrungsmittel-, Treibstoff- und Finanzsektoren zusätzlich in die Armut getrieben.

Es bringt nichts, das Leben der Armen als Geisel des wirtschaftlichen Auf- und Abschwungs abzutun. Das Wirtschaftswachstum stellt vielmehr einen wichtigen Teil der Strategie zur Bekämpfung von Armut dar, kann aber nicht deren einziger Bestandteil sein. Wir müssen den von Armut betroffenen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Menschenrechte einzufordern, sodass sie selbst über ihr Schicksal bestimmen können – und nicht seine Opfer bleiben.

Amnesty International hat sich immer dafür stark gemacht, den Menschen genügend Handlungsspielraum zu verschaffen. Bei unserem Einsatz für die Freilassung von Ge-

wissensgefangenen liegt das Schwergewicht auf der freien Meinungsäusserung. Jetzt haben wir erkannt, dass dieser Raum, sich zu äussern, zu fordern, zu handeln, eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist, dass in Armut lebende Menschen ihre Rechte einfordern können.

Wenn Regierungen Arme weiterhin einsperren – in ihren Slums, ihren Folterkammern, ihren Sterbebetten, ihren Lagern für intern Vertriebene, ihrer Armut –, dann werden wir nicht hinhören, wenn wieder einmal das Wirtschaftswachstum gelobt wird.

Auch wenn die Wirtschaft nicht wächst, ist es möglich: ja lebenswichtig, sich zugunsten von in Armut lebenden Menschen zu engagieren, sodass sie den Fallen, die sie in der Armut gefangen halten, entkommen können.

Wir wissen, dass Menschenrechtsverletzungen Armut auslösen und verlängern können. Und dass Armut direkt zurück zu Menschenrechtsverletzungen führt.

FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE

DRINGENDER HANDLUNGSBEDARF

Die Rechte von jenen schützen, die in Slums leben. Dafür sorgen, dass keine Frauen wegen Schwangerschaftskomplikation sterben müssen. Unternehmen dazu bringen, die Rechte von Armutsbetroffenen zu respektieren: Diese Herausforderungen können die Menschen an den Schalthebeln der Macht nur dann meistern, wenn sie Probleme nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch entsprechende Massnahmen ergreifen. Verschiedene Projekte werden sich auf spezifische Wirkungsziele konzentrieren. Denn in Armut lebende Menschen können selber zu ihren Rechten gelangen – vorausgesetzt, dass die richtigen Rahmenbedingungen gewährleistet sind.

Damit dieses Ziel langfristig erreicht und die Rahmenbedingungen verbessert werden können, muss vor allem in den drei Hauptbereichen gearbeitet werden, in welchen bis anhin immer wieder wesentliche Verbesserungsbemühungen blockiert wurden. Zu einer Zukunft ohne Armut gehört Folgendes:

Rechenschaftspflicht einfordern

- Nationale und internationale Akteure, darunter multilaterale Unternehmen und Institutionen sowie Staaten und Individuen, werden für alle Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht, welche zu Armut führen und diese weiter verstärken.
- Kein Staat darf die Rechte seiner Bevölkerung durch Korruption, Gleichgültigkeit oder negative Handlungen verletzen.
- Die Menschenrechte werden grenzüberschreitend respektiert und umgesetzt.
- Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sind auf regionaler, nationaler sowie internationaler Ebene rechtlich durchsetzbar.

Zugang zu Grundrechten

- Diskriminierende Gesetze, politische Programme und Praktiken, die dem gleichberechtigten Zugang zu elementaren Dienstleistungen und Rechtsschutz im Wege stehen, werden revidiert.
- Konkrete Massnahmen helfen jene Barrieren abzubauen, die den Menschen den Zugang zu Ressourcen, elementaren Dienstleistungen und Rechtsschutz versperren.
- Nationale und internationale Armutsbekämpfungs- und Entwicklungsbemühungen – darunter die UNO-Millennium Entwicklungsziele – müssen bei ihren Ursachenanalysen und Lösungsvorschlägen jeweils den Aspekt der Menschenrechte stark miteinbeziehen.

Aktives Selbst- und Mitbestimmungsrecht

- Wichtige internationale Armutsbekämpfungs- und Entwicklungsprogramme schaffen neue Prozesse, bei denen armutsbetroffene Menschen konsultiert und massgebend miteinbezogen werden.
- Die Staaten schützen auf nationaler Ebene ausnahmslos alle MenschenrechtsverteidigerInnen. Das Recht auf freie Meinungsäusserung, freie Versammlung und das Recht auf friedlichen Widerstand sind garantiert.
- Armutsbetroffene Menschen verfügen über Instrumente, um an den oben genannten Prozessen wirksam teilnehmen zu können.

WWW.AMNESTY.CH

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung mit über 2,2 Millionen Mitgliedern in mehr als 150 Ländern, die sich gegen schwere Menschenrechtsverletzungen einsetzen.

Unsere Vision ist eine Welt, in der jede Person alle Menschenrechte geniesst, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsnormen verankert sind.

Wir arbeiten unabhängig von Regierungen, politischen Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen – finanziert wird unsere Arbeit hauptsächlich durch unsere Mitglieder und SpenderInnen.

GERECHTIGKEIT GEGEN ARMUT

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Amnesty International
Schweizer Sektion
Speichergasse 33
Postfach
3001 Bern
Tel: 031 307 22 22
Fax: 031 307 22 33
E-mail: info@amnesty.ch

Mai 2009
Index: ACT 35/003/2009